

„Da ist irgendwo ein Nest“

Nach dem RAF-Attentat auf Treuhand-Chef Rohwedder wächst in Bonn der Verdruss über die anhaltende Erfolglosigkeit der Fahnder. Die Sicherheitsbehörden, die von

einer neuen RAF-Offensive sprechen, waren gewarnt. In Papieren aus den Zellen von RAF-Tätern fand sich die klare Drohung: „Es wird draußen Aktionen geben.“

Staatssekretär Hans Neusel, 63, Sicherheitsexperte im Bundesinnenministerium, nahm Detlev Karsten Rohwedder, 58, auf einem Treffen von Politikern und Wirtschaftsbossen diskret beiseite: „Ich muß mal mit Ihnen reden.“

Bei dem vertraulichen Gespräch Anfang Februar ging es nicht um Probleme der deutschen Einheit. Neusel teilte klipp und klar mit, das Leben des Berliner Treuhand-Chefs sei in Gefahr.

Anlaß für die Warnung waren Erkenntnisse des Wiesbadener Bundeskriminalamtes (BKA), die dem Innenministerium übermittelt worden waren. Die Experten der Abteilung Terrorismus (TE) hatten die Auswirkungen des deutschen Einigungsprozesses auf Strategie und Ziele der Roten Armee Fraktion (RAF) untersucht.

Grundlagen der „Gefährdungsanalyse“ bildeten Stellungnahmen kämpfender Kommandos und Kassiber inhaftierter Terroristen. Daraus geht hervor, daß Politiker und Wirtschaftsbosse verstärkt ins RAF-Visier geraten sind, die im Einigungsprozeß herausragende Positionen einnehmen, nach der RAF-Logik „Schnittstellenfunktionen im politisch-ökonomischen Bereich“ ausüben.

Unter dem Aktenzeichen TE/TE 22-221 392/90 („VS – Nur für den Dienstgebrauch“) zählte das BKA 32 Personen alphabetisch auf, alles „potentiell gefährdete“ Persönlichkeiten (siehe Kasten Seite 22) – von Beckmann, Klaus,

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, bis Tietmeyer, Dr. Hans, Direktionsmitglied der Deutschen Bundesbank.

Auf der Liste stand auch Rohwedder, Detlev, Vorstandsvorsitzender der Treuhand, Stichwort: „Privatisierung von ehemaligen DDR-Unternehmen“.

Wie bedrückend genau die Kriminalisten die Gefährdung des Treuhand-Chefs eingeschätzt hatten, zeigte sich in der Nacht zum Dienstag letzter Woche. Um 23.30 Uhr feuerte ein Mitglied der Roten Armee Fraktion im Düsseldorfer Stadtteil Oberkassel dreimal in das im ersten Stock gelegene Arbeitszimmer von Rohwedders Privatvilla.

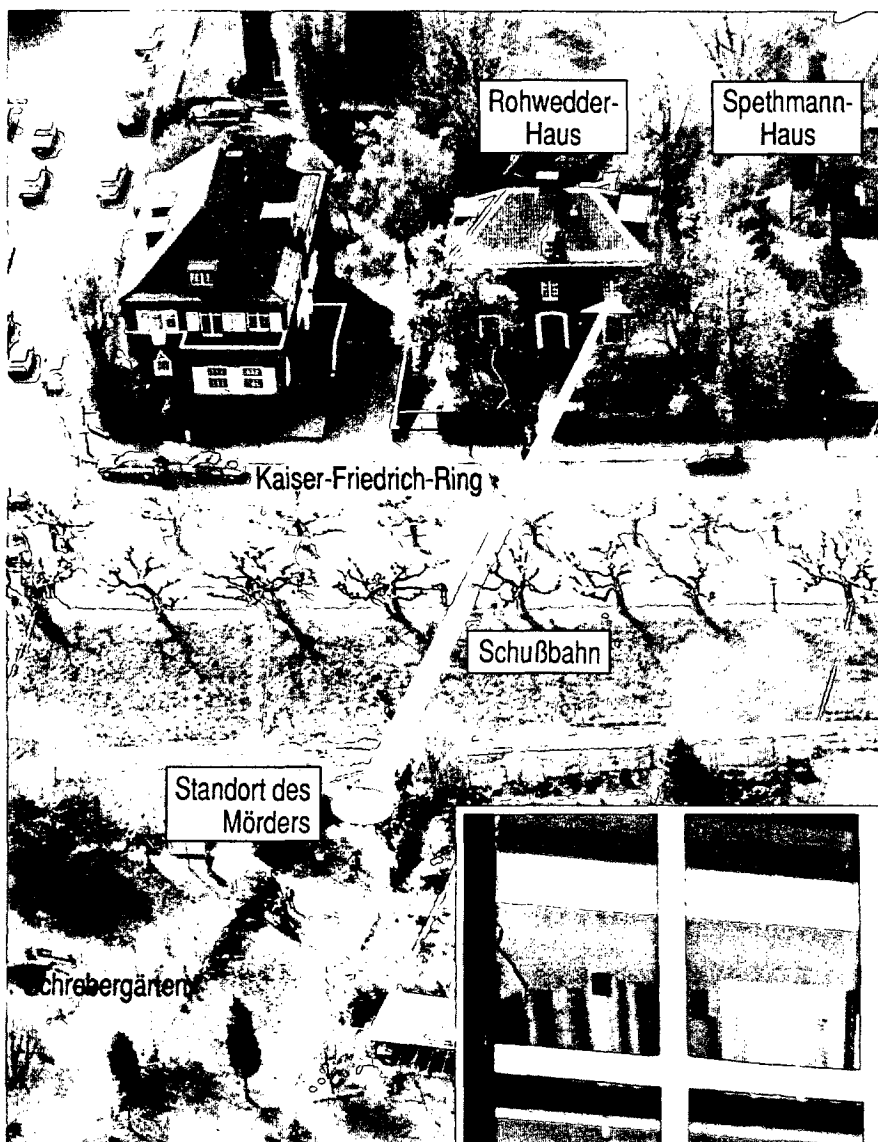
Der erste Schuß traf den Industriellen in den Rücken. Das Projektil zerstörte den fünften Brustwirbel, zerriß Aorta, Speise- und Luftröhre. Rohwedder war sofort tot. Seine Frau Hergard, 57, die zu Hilfe eilen wollte, wurde am linken Arm getroffen, konnte aber noch die Polizei herbeirufen. Obwohl der Geschosssplitter nur zweimal zwei Millimeter groß war, wird das Ellenbogengelenk wahrscheinlich steif bleiben.

Geradezu provokativ, so scheint es, suchen sich die Täter die Schauplätze für ihren Terror aus: in unmittelbarer Nähe der Staatsmacht. In Bonn ermordeten sie 1986 den Diplomaten Gerold von Braumühl, 300 Meter vom Bundesinnenministerium entfernt entkam Innenstaatssekretär Hans Neusel im Juli vorigen Jahres leicht verletzt einer Bombenfalle der RAF. Und erst im Februar nahmen Terroristen das Gebäude der US-Botschaft in Bad Godesberg unter heftiges Gewehrfeuer. „Im Großraum Düsseldorf/Koblenz“, vermutet Neusel, „ist irgendwo ein Nest.“

Ein Anschlag auf den gen Osten vorrückenden



Ehepaar Hergard, Detlev Rohwedder
Wunsch nach lockerer Überwachung



„Imperialismus“ sollte der Mord aus der Perspektive der Täter wohl sein, ein irrwitziger Versuch, den Zorn Zehntausender Ost-Bürger auf westliche Kaputtstauer und Wegrationalisierer in Sympathie für die „rev. bew.“ (RAF-Kürzel für „revolutionäre Bewegung“) umzumünzen.

Bei Bonner Politikern, so zeigte sich nach dem Attentat, wächst der Verdruss über die seit Jahren anhaltende Erfolglosigkeit der Fahnder. Schon bald nach der Trauerfeier, prophezeite grimmig Außenamtschef Hans-Dietrich Genscher, von 1969 bis 1974 Bundesinnenminister, werde der „normale Trott“ wieder einsetzen. Parteifreund Gerhart Baum, auch er früher Bundesinnenminister (1978 bis 1982), forderte den Einsatz „neuer Leute mit neuer Kreativität“. Baum: „Einfach so weitermachen – das versteht kein Mensch.“

Rezepte jedoch hat niemand anzubieten. Konservative fordern die Wiederbelebung der umstrittenen Rasterfahndung, kritisieren angeblich überzogenen



Tatort, zerschossenes Fenster: „Offensive gegen Großdeutschland“

Datenschutz – alles wie gehabt. Zwar soll Geheimdienstlern und Ermittlern anders als bisher der Einblick in ausgewählte Akten des wohl mächtigsten RAF-Helfers, der Staatssicherheit, gestattet werden. Doch auch davon sind keine Wunder zu erwarten: Die Papiere, in denen noch viele Geheimnisse über die merkwürdige Waffenbrüderschaft ruhen, sind bei der Bewertung künftiger Gefahren wohl nur von begrenztem Wert.

Bei der Rekonstruktion des Rohwedder-Attentates stellte die „Sonderkom-

mission Treuhand“ des Bundeskriminalamtes fest, daß die Schüsse von einem Kleingartengelände auf der anderen Straßenseite abgegeben worden waren, Schußentfernung 63 Meter. Tatwaffe war das belgische Gewehr G 1, Kaliber 7,62 x 51, Standardwaffe in den Armeen einiger Nato-Länder.

Mit derselben Waffe waren am 13. Februar, knapp vier Wochen nach Ausbruch des Golfkrieges, 106 Schüsse auf das Gebäude der amerikanischen Botschaft in Bonn abgegeben worden. Zu dem Streufeuer über den Rhein hinweg bekannte sich die RAF.

Den Wirtschaftsmanager Rohwedder hatten die Täter ganz gezielt ins Visier genommen, vermutlich mit Hilfe eines an der Waffe angebrachten Zielfernrohrs. Der Schütze hatte gewartet, bis sich Rohwedder, schon im beige-blauen Nachthemd, an seinem Schreibtisch zu voller Größe (1,92 Meter) aufrichtete und sich im hell erleuchteten Fenster wie auf dem Präsentierteller als Ziel darbot.

Daß die Täter unbemerkt so nah an das Heim des hoch gefährdeten Managers herankommen konnten, löste eine bundesweite Diskussion über mögliche Ver-



säumnisse bei der Sicherung bedrohter Personen aus. Für Überraschung sorgte vor allem, daß Rohwedders Anwesen nicht ständig bewacht war, sondern nur in gewissen Zeitabständen von Polizeistreifen kontrolliert wurde.

Anders als die Villa seines Nachbarn, des langjährigen Thyssen-Chefs Dieter Spethmann, war das Rohwedder-Haus leicht von der Straße einsehbar. Nach mehreren Gesprächen mit der Düsseldorfer Polizei, zuletzt im August 1990, hatte Rohwedder zwar die Parterre-

Fenster seines Hauses mit vier Zentimeter dickem Sicherheitsglas der Güteklasse „C 3“ ausstatten lassen. Die Fenster im ersten Stock jedoch blieben – fatale Nachlässigkeit – ungesichert.

Die Urheberschaft für den Anschlag übernahm die RAF. In einem am Tatort hinterlassenen Bekennerbrief mit RAF-Emblem (Maschinenpistole im fünfzackigen Stern), beschwert mit einem Fernglas, versuchten die Terroristen den Mord zu rechtfertigen. Im verquastem Deutsch der RAF begründeten sie ihre Tat mit dem „Kampf gegen die reaktionären großdeutschen und westeuropäischen Pläne zur Unterwerfung und Ausbeutung der Menschen“: „Gegen den Sprung der imperialistischen Bestie unseren Sprung im Aufbau revolutionärer Gegenmacht!“

Unterzeichnet hatte ein „Kommando Ulrich Wessel“ – benannt nach einem Terroristen, der bei einem Anschlag auf die deutsche Botschaft in Stockholm 1975 ums Leben gekommen war.

Die Schüsse von Düsseldorf stellen nach Einschätzung von Sicherheitsfachleuten den Auftakt einer „neuen Offensive der RAF“ dar. Nach Erkenntnissen des Bundeskriminalamtes haben sich die Terroristen durch die Ankündigung einer „langen Kampfphase“ selbst unter gewaltigen „Handlungszwang“ gesetzt.

Den Druck auf die Kommandoebene verstärken Genossen, die den bewaffneten Kampf aus den Gefängnissen heraus

mitsteuern. Belege erbrachten wenige Tage vor dem Rohwedder-Attentat Zeldurchsuchungen der Karlsruher Bundesanwaltschaft. In Strategiepapieren der inhaftierten Eva Haule-Frimpong, 36, die zusammen mit dem 1984 festgenommenen Helmut Pohl, 47, zu den RAF-Vordenkern gehört, werden neue Aktivitäten angekündigt. Und bei einer Razzia in der Justizvollzugsanstalt Celle wurde Mitte März ein 77 Seiten langes



RAF-Täterin Haule-Frimpong
„Ein Sprung ist greifbar“

WER NICHT KÄMPFT, STIRBT AUF RATEN
FREIHEIT IST NUR MÖGLICH IM KAMPF UM BEFREIUNG
GEGEN DEN SPRUNG DER IMPERIALISTISCHEN BESTIE
UNSEREN SPRUNG IM AUFBAU REVOLUTIONÄRE GEGENMACHT !

DIE BEDINGUNGEN FÜR MENSCHENMÜRDIGES UND
SELBSTBESTIMMTES LEBEN
IM KAMPF GEGEN DIE REAKTIONÄREN GROSSDEUTSCHEN UND
WESTEUROPÄISCHEN PLÄNE ZUR UNTERWERFUNG UND AUSBEUTUNG
DER MENSCHEN HIER UND IM TRIKONT
DURCHSETZEN !

ZUSAMMEN KÄMPFEN UND WIR WENDEN ZUSAMMEN SIEGEN !

ROTE ARMEE FRAKTION
KOMMANDO ULRICH WESSEL



RAF-Tatbekenntnis
„Kampf gegen die Unterwerfung und Ausbeutung“

Grundsatzpapier zum Thema „20 Jahre des bewaffneten Kampfes“ entdeckt.

Die Terroristen wollen den Staat, wie früher schon mehrfach, von zwei Seiten in die Zange nehmen. Die inhaftierten RAF-Mitglieder planen, die Bundesregierung durch einen neuen Hungerstreik zur Zusammenlegung aller RAF-Genossen zu zwingen. Von außen sollen die Kommandos den sogenannten politischen Gefangenen Schützenhilfe leisten. Eva Haule-Frimpong: „Es wird draußen Aktionen geben.“

Dabei sei, so die wirre Hoffnung der Inhaftierten, in der Bevölkerung „eine starke Solidarität“ mit der RAF zu erwarten, auch wegen der „Widersprüche durch die DDR-Annektion“ und der „sozialen Lage dort“. Haule-Frimpong ganz im Jargon des am Rohwedder-Tatort gefundenen RAF-Pamphletes: „Ein Sprung ist greifbar.“

Mit der neuen Offensive gegen „Großdeutschland“ will die RAF, die ihre Aktionen gegen den sogenannten militärisch-industriellen Komplex selbst ihren Sympathisanten nur noch schwer vermitteln konnte, aus der Unzufriedenheit von Bürgern der ehemaligen DDR Kapital schlagen. Der Mord an Treuhand-Chef Rohwedder war offenbar kühl kalkuliert.

Der Spitzenmanager galt vielen Bürgern, die in ihrer beruflichen Existenz bedroht sind, als Verantwortlicher für Firmenzusammenbrüche und Arbeitsplatzverluste (siehe Seite 24). „Die Treuhand“, polemisierte das frühere SED-Blatt *Neues Deutschland*, sei „eine Knochenhand des Sensenmannes“.

Bei Politikern wie dem innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster, und Geheimdienstlern wie dem Hamburger Verfassungsschützer Christian Lochte keimte sogleich der Verdacht, daß Agenten der ehemaligen Staatssicherheit der DDR Beihilfe zu dem hinterhältigen Mord geleistet hätten. Erst in der Osterwoche war bekannt geworden, daß die Stasi nicht nur aussteigewilligen Extremisten Unterschlupf geboten hatte, sondern aktive Terroristen im Umgang mit Maschinenpistolen, Lichtschrankenzündern für Sprengstofffallen und in der Handhabung von Panzerfäusten unterwiesen hatte (SPIEGEL 14/1991).

Während Generalbundesanwalt Alexander von Stahl bis Freitag letzter Woche „keine Anhaltspunkte“ für eine Stasi-Beteiligung sah, war sich der Präsident des Bundeskriminalamtes, Hans-Ludwig Zachert, da nicht so sicher. Auch in diese Richtung, so Zachert, müßten „vorsichtige Überlegungen“ angestellt werden. Einig allerdings waren sich Polizisten wie auch Politiker erstmals in der bisher umstrittenen Forderung, westdeutschen Ermittlern bestimmte Stasi-Akten zu öffnen.

Im neuesten Entwurf des Gesetzes über die Behandlung von Stasi-Akten ließ Innenminister Wolfgang Schäuble, seit dem Attentat eines Geistesgestörten querschnittgelähmt, ausdrücklich festschreiben, daß die Geheimdienste die Stasi-Akten zumindest soweit auswerten dürfen, wie sie „keine personenbezogenen Daten von Betroffenen enthalten“.

Bisher hatten vor allem Vertreter der Bürgerbewegung in der Ex-DDR Bedenken gehabt, die Millionen Daten des gefürchteten Geheimdienstes ausge-rechnet wieder einem Geheimdienst zugänglich zu machen. Im Einigungsvertrag war eine entsprechende Sperre festgelegt worden. Nun aber sollen, was Stasi-Opfer kaum empören dürfte, die Ermittler in bestimmten Akten nach der engen Verbindung von Stasi & RAF forschen.

Vorrangig bestimmt aber wurde die Diskussion nach dem Attentat von

Warum morden sie?

RUDOLF AUGSTEIN

Es gibt kein westliches Land, in dem aus politischen oder vermeintlich politischen Gründen so viele Morde begangen wurden wie in der Bundesrepublik. Großbritannien und Spanien nehmen eine Sonderrolle ein – Großbritannien kann das Problem Nordirland nicht lösen; das seit jeher anarchische Spanien bewältigt sein baskisches Problem nicht.

In Italien ist man seit der Ermordung Aldo Moros und, in ihrem Gefolge, der Zerschlagung der Brigade Rosse gewissermaßen zur Tagesordnung übergegangen. Es finden zwar weiterhin undurchsichtige Morde statt, namentlich in den südlichen Regionen des Landes, doch gehen sie vor allem auf das Konto traditioneller Banden wie der Mafia und der Camorra.

Eine politische Organisation von der mörderischen Konsistenz der sogenannten Rote Armee Fraktion gibt es dort nicht. Sie hat es sogar geschafft, als Markenartikel von den legalen Instanzen des Staates anerkannt zu werden, weil sie in das Zentrum der politischen Herrschaft einbrechen konnte.

Welche besseren Ziele konnte sie sich aussuchen als Generalbundesanwalt Siegfried Buback (1977), den Bankier Jürgen Ponto (1977), den Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer (1977), den Chef der Deutschen Bank Alfred Herrhausen (1989). Und nun sogar den wichtigsten Blickfang der unzufriedenen Massen im Osten Deutschlands, Detlev Karsten Rohwedder, in der derzeitigen Situation als Chef der Treuhandanstalt wichtiger als jeder Minister.

Wenn es denn darum geht, daß 15 Personen ihr Leben ständig aufs Spiel setzen, nur um zu beweisen, daß sie noch da und lebensberechtigt sind, so haben sie diesem System den denkbar schwersten Schlag versetzt. Dahinter muß eine beständige Ideologie stecken, die uns zu denken geben wird, ob wir das wollen oder nicht.

Das System, das sie bekämpfen, kann von den Mördern nicht durch ein besseres ersetzt werden, sie wissen keines. Aber offensichtlich hat das System Mängel, die zu seinem Tode hinleiten und die der einzelne – noch so fleißig, noch so tüchtig, noch so integer, noch so populistisch – nicht beheben kann. Man wird in

Rechnung stellen müssen, daß es immer Leute geben wird, die ohne Aussicht auf Erfolg und ohne Angst um ihr Leben ihren Obsessionen gegen ein nach ihrer Ansicht mörderisches System folgen werden.

Niemals hätte ein Mitglied der Roten Brigaden Italiens den Industriellen A. einfach so „von hinten“ erschossen, so heißt es. Das Wort „feige“ inflationiert, ebenso das Wort „gemeuchelt“ und „von hinten“, aus 60 Metern Entfernung.

Wie denn aber sonst soll man einen Verantwortlichen des Systems ermorden? Soll man ihn zum Duell fordern? Ihm anheimstellen, sich umzudrehen?

Nein, die Trauer, die wir diesmal empfinden, ist echt (sie war bei mir schon im Falle Siegfried Bubacks echt, der mich 1962 verhaftet und einige Monate verhört hatte). Rohwedder hätte sich, wenn man ihm die Zeit gelassen hätte, gleich Prinz Hamlet „höchst königlich bewährt“.

Nur hätte auch er nicht, und kein einzelner kann das, die Überlebensbedingungen der Menschheit verbessert. Deutschland ist da kein gar so kleiner Fisch.

Wir tun als Staatengemeinschaft nicht das, was wir tun sollten. Und viele von uns wissen das ganz gut. Wir verhalten uns so in der Gewißheit, daß die Sintflut erst nach uns kommt, als ein großer Donnerschlag.

Die uns mörderisch bekämpfen, mögen teils wirklich, teils nur in ihrem ideologischen Verstand verrückt sein. Das waren die Einzeltäter Marinus van der Lubbe, der 1933 den Reichstag angezündet hat, und Georg Elser, der 1939 beinahe den „Führer“ aus der Welt geschafft hätte, auch. Nicht verrückt waren die Generäle, die Hitler und Deutschland den Weg in den Untergang geebnet haben.

Es ist ziemlich sicher, daß wir alle so „verrückt“ weitermachen wie bisher, und das bedeutet, wir werden uns auf dem Weg in die Katastrophe von nichts und von niemandem hindern lassen. Demokratie ist kein Freibrief fürs Überleben.

Statt Fensterglas nun kugelsicheres Glas und gepanzerte Limousinen, das wird das Ergebnis vielfältiger Überlegungen sein, oder sechs statt vier Leibwächter. Gemessen an dem tödlichen Unheil, das sie durch Waffenexport und anderes Material ihrer

„Entwicklungshilfe“ über die Welt gebracht hat, sind in der Bundesrepublik bisher eigentlich relativ wenige politische Morde zu beklagen.

Die der Eroberungslust Saddam Husseins ein Ende gesetzt haben, waren auf arabischer Seite ja nicht unbedingt Demokraten, sondern Schlächter und Eroberer wie er. Gäbe es auf der Welt nicht mehr Vernunft, als sie besitzen, dann stünde es um die Zukunft der Menschheit nicht zum besten.

Die USA sind ein demokratischer, vernunftgeleiteter Staat. Aber man bedenke die Verrücktheit dieses größten demokratischen Gemeinwesens, das nun schon wieder nichts Besseres zu tun weiß, als atomgetriebene Trägerraketen zu entwickeln. Das gesamte SDI-Programm war, man muß es so sagen, von Verrückten entworfen. Die bemannte Raumfahrt ist, gemessen an den eigentlichen und kostspieligen Problemen dieser Welt, eine ganz unnütze Verrücktheit.

Wenn alle, ohne Rücksicht auf Verluste, verrückt spielen, wie sollte es da den „lunatic fringe“ nicht geben, die am Rande dieses Wahnsinns Angiesedelten, und solche, die von ihm leben, sei es als organisierte Mörder, sei es auch nur als Verwirrte. Sie gehören zu uns, und wann in der Vergangenheit hat es sie denn nicht gegeben.

Natürlich wird man der Polizei und dem zuständigen Minister die Schuld zuweisen, wenn ein wichtiger Mensch ermordet worden ist. Aber das ist nichts anderes, als wenn bei einer spektakulären Entführung die üblichen Pannen mit Todesfolge vorkommen.

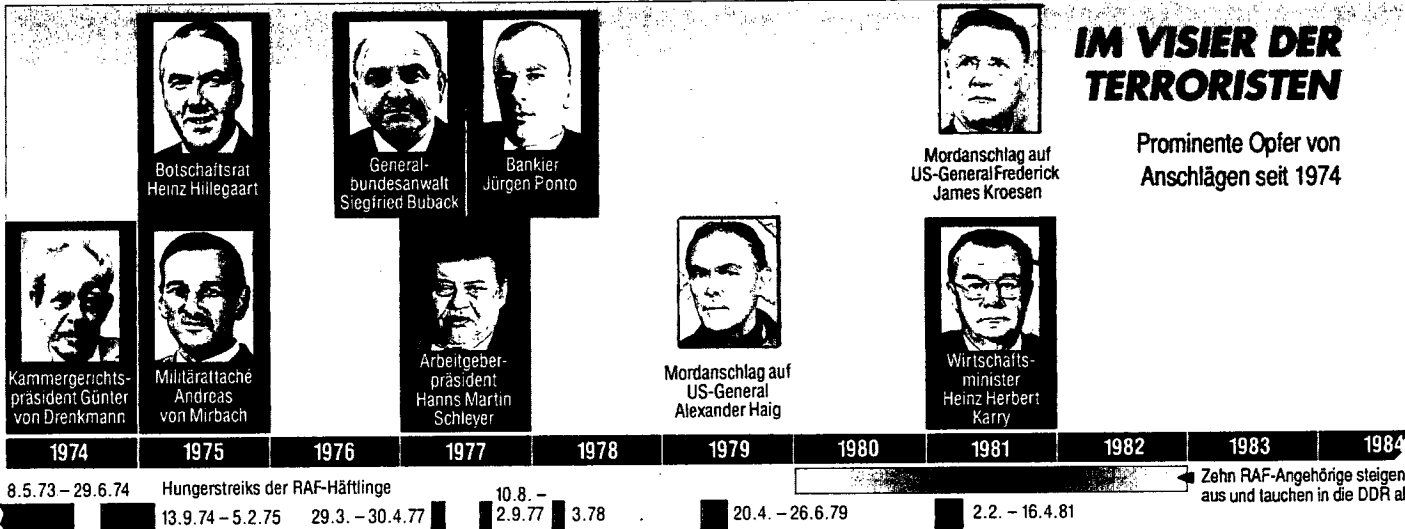
Leute, die für das Funktionieren des Staates unerlässlich sind, wird man ohne Rücksicht auf ihren Willen schützen müssen, und die meisten wollen ja auch geschützt werden.

Aber einen noch so wichtigen Privatmann gegen seinen Willen zu schützen, das geht eben nicht. Man kann ihm wohl nahelegen, sich kugelsichere Fenster einbauen zu lassen, man kann das Geld dafür aus der Staatskasse nehmen. Aber wenn er das nicht will? Dieser wollte nicht.

Wichtig war er, unersetzlich nicht. Seine Privatsphäre wollte er nicht antasten lassen. Wir brauchen auch Leute, die sich vor dem Polizeistaat genießen.

IM VISIER DER TERRORISTEN

Prominente Opfer von Anschlägen seit 1974



scharfer Kritik an den westdeutschen Sicherheitsbehörden. „Die letzten zehn Jahre Fahndung“, analysierte die *Süd-deutsche Zeitung*, seien „eine einzige Bankrotterklärung“.

Tatsächlich ist die Bilanz der Fahndung deprimierend. Trotz eines mit Millionenaufwand ausgebauten Fahndungsapparats ist den Ermittlern seit 1982 – mit Ausnahme eines Zufallserfolgs, der Festnahme von Eva Hauke-Frimpong in der Rüsselsheimer Eisdiele „Dolomiti“ – kein aktives Mitglied der RAF-Kommandoebene mehr ins Netz gegangen.

Erfolglos blieb auch der Versuch, den Terroristen mit Belohnungen in Millionenhöhe auf die Spur zu kommen. Die 1989 beschlossene Kronzeugenregelung, die aussagewilligen Terroristen erheblichen Strafnachlaß in Aussicht stellt, war ebenfalls ein Schlag ins Wasser: Kein Terrorist konnte durch das Angebot zur Aufgabe bewegt werden.

Der frühere BKA-Chef Horst Herold, den die Datensammelwut im Terrorismusbereich 1981 um seinen Posten gebracht hatte, unkte nach dem Herrhausen-Attentat aus dem Ruhestand, Verfassungsschutz und Polizei hätten schon vor fast zehn Jahren den Terrorismus „vom Radarschirm verloren“.

Das ganze Ausmaß der Hilflosigkeit offenbarte sich nach den Todesschüssen vom Rhein durch Äußerungen von Justizminister Klaus Kinkel. So deutlich wie bislang kein anderer Politiker räumte der Liberale ein, daß der Staat in der Terrorismusfahndung mit seinem Latein am Ende ist. „Wir wissen einfach nicht“, gestand Kinkel, „wie wir besser an die Terroristen rankommen sollen.“

Das war in den Anfangsjahren der RAF anders gewesen. Die Gründergeneration um Andreas Baader, Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin kleidete sich extravagant, chauffierte auffallen-

de Karossen und prahlte in der Szene. „Ein Typ wie Andreas Baader“, erinnert sich der hessische Verfassungsschutzleiter Günther Scheicher, 62, „fuhr mit einem auberginefarbenen Porsche gegen die Einbahnstraße mit der Waffe auf dem Beifahrersitz zum Tatort.“

Auch die Mitglieder der zweiten Generation, auf deren Konto unter anderem die Anschläge des Terrorjahres 1977 gegen Generalbundesanwalt Siegfried Buback, den Bankier Jürgen Ponto und Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer gehen (siehe Schaubild Seite 22), waren leicht zu identifizieren. An Tatorten und in konspirativen Wohnungen hinterließen Terroristen wie Brigitte Mohnhaupt, Adelheid Schulz oder Willi-Peter Stoll zahlreiche Spuren.

Einer der damaligen Köpfe, der zu lebenslanger Haft verurteilte Christian Klar, 38, legte sogar Wert darauf, seine Visitenkarte abzugeben: Er hinterließ, etwa bei dem Panzerfaust-Anschlag auf den amerikanischen General Frederick Kroesen, 1981 in Heidelberg absichtlich seine Fingerabdrücke.

Die Terroristen der sogenannten dritten Generation, die in den Jahren 1982 und 1984 aus der Unterstützerszene zur RAF gestoßen sind, arbeiten dagegen absolut konspirativ.

Seit der ersten Aktion der Baader-Meinhof-Enkel, dem Anschlag auf den Rüstungsmanager Ernst Zimmermann 1985, sind den Fahndern keine verwertbaren Spuren mehr in die Hände gefallen. Ob bei dem Bombenattentat auf den Siemens-Manager Karl Heinz Beckurts 1986 oder dem Sprengstoffanschlag auf den Deutsche-Bank-Chef Herrhausen 1989 – nach keinem der acht Morde seit 1985 hat die Fahndung greifbare Erfolge gezeigt.

Die Fahnder wissen noch nicht einmal, welche Personen überhaupt zur bombenden und schießenden Kom-

mandoebene zählen. „Ich muß ganz offen bekennen“, erklärte Kinkel, „daß die uns im einzelnen nicht bekannt sind.“

Wie sehr die Terroristenjäger im dunkeln tappen, zeigte sich exemplarisch nach dem Sprengstoffanschlag auf den Bankier Herrhausen. Als Mittäter gesucht wurden unter anderem Sigrid Sternebeck, 41, und Henning Beer, 32. Beide hatten damals schon fast zehn Jahre lang dem Terrorismus abgeschworen und waren wie acht weitere ehemalige Mitkämpfer in der DDR untergetaucht.

Ob die jetzt vorrangig als RAF-Terroristen gesuchten Sabine Callsen, 30,

Langer Kampf

Die Liste der besonders gefährdeten Manager, Politiker und Beamten

In einer vertraulichen „Gefährdungsanalyse“ des Wiesbadener Bundeskriminalamts (BKA) werden 19 Politiker und 13 Top-Manager, darunter Treuhand-Chef Detlev Rohwedder, als besonders bedroht aufgezählt. Insgesamt führt das BKA mehrere hundert Personen, die durch mögliche Terroranschläge gefährdet sein könnten.

Die Rote Armee Fraktion (RAF) hatte in einem Selbstbeziehungsschreiben nach dem mißglückten Anschlag auf Innen-Staatssekretär Hans Neusel im Juli vorigen Jahres eine „lange Kampfphase gegen die neuentstandene groß-deutsche/westeuropäische Weltmacht“ angekündigt.

Daraus schließen die BKA-Experten in der Analyse vom November vorigen Jahres, daß besonders Personen mit einer „Schnittstellenfunktion“ im „politisch-ökonomischen Bereich“ potentiell



4.12.84 – 31.1.85

1.2. – 12.5.89

Wolfgang Grams, 38, Birgit Hogefeld, 34, Andrea Klump, 33, Barbara Meyer, 34, Horst Meyer, 35, Christoph Seidler, 33, und Thomas Simon, 38, am Mord von Treuhand-Chef Rohwedder mitgewirkt haben, ist völlig offen. Nach Einschätzungen des inhaftierten RAF-Aussteigers Ralf Friedrich, 44, der bis Mai 1990 in der DDR lebte, sind davon „etliche schon längst ausgestiegen“.

Typisch für die Unsicherheit der Fahnder: Nach dem Bombenanschlag auf den Wagen des Innenstaatssekretärs Neusel im Juli letzten Jahres setzte die Bundesanwaltschaft die beiden Hamburger Szene-Mitglieder Karl-Heinz Gerum, 37, und Corinna Kam-

mermeier, 31, auf die Fahndungsliste. Mittlerweile gilt zumindest bei Verfassungsschützern als sicher, daß beide nie zum harten Kern der RAF gehört haben.

Allerdings muß die offizielle Fahndungsliste ergänzt werden. Nach neuesten Erkenntnissen ist Volker Staub, 36, der schon 1984 zum engsten Umfeld der RAF zählte und zuletzt in Hamburg politisch aktiv war, in die Kommandoebene aufgerückt.

BKA-Beamte bezweifeln allerdings, daß es eine Kommandoebene im Untergrund überhaupt noch gibt. Fahnder halten es neuerdings für wahrscheinlich, daß die Terroristen wie normale Bürger ordentlich gemeldet sind und womöglich

sogar einem Beruf nachgehen. Ein Anschlag wie der auf Rohwedder, so die kühne Hypothese, könne dann während der Freizeit verübt werden – zum Beispiel im Osterurlaub. Verfassungsschützer dagegen sind überzeugt, daß auch die jetzt aktive RAF-Spitze nach dem alten Stadtguerilla-Prinzip abgetaucht ist.

Zündstoff lieferten letzte Woche nicht nur die „Ergreifungsdefizite“ (Zachert) der Terroristenjäger. Debatte wurde auch, ob das Attentat nicht zu verhindern gewesen wäre.

Mit Übernahme seines Jobs bei der Treuhand war Rohwedder in die „Sicherheitsstufe 2“ („Terroranschlag möglich“) eingeordnet worden. Das hatte zur Folge, daß der Manager an seinem Dienstort Berlin einen gepanzerten Mercedes bekam und ständig von Leibwächern geschützt wurde. An seinem Wohnort Düsseldorf aber hatte er nur bei öffentlichen Auftritten Personenschutz; seine Patriziervilla wurde lediglich durch sporadische Streifenfahrten kontrolliert.

Daß die Überwachung so locker ausfiel, war von Rohwedder ausdrücklich gewünscht. Der Industrielle, für den ein 16-Stunden-Arbeitstag normal war, wollte sich zumindest daheim ungebunden fühlen – ein verständlicher Wunsch, der ihm zum Verhängnis wurde.

Letzte Woche wurde denn auch die Forderung laut, daß die Sicherung gefährdeter Persönlichkeiten den Betrof-

le Anschlagziele der RAF sind – vor allem, wenn sie an herausragender Stelle mit den Themenkomplexen „Europäischer Binnenmarkt“, „Deutschlandpolitik/Osteuropa“ und „Dritte-Welt-Problematik“ befaßt sind. „Potentiell gefährdete Personen“ im Bereich Wirtschaft sind laut BKA-Papier:

Friedhelm Gieske, Vorstandsvorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks

Carl Hahn, Vorstandsvorsitzender der Volkswagen AG

Karlheinz Kaske, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG

Hilmar Kopper, Vorstandssprecher der Deutschen Bank

Klaus Murmann, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Tyll Necker, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

Werner Niefer, Vorstandsvorsitzender der Mercedes-Benz AG

Edzard Reuter, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG

Wolfgang Röllner, Vorstandssprecher der Dresdner Bank

Detlev Rohwedder, Präsident der Treuhandanstalt

Wolfgang Schieren, Vorstandsvorsitzender der Allianz AG

Hans Peter Stihl, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages

Hans Tietmeyer, Kanzlerberater und Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank

Als besonders gefährdete Politiker bezeichnete das BKA im November zwei Minister und zwei Staatssekretäre, die heute nicht mehr im Amt sind: den damaligen Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann und seinen Staatssekretär Otto Schlecht sowie den damaligen Bundesjustizminister Hans A. Engelhard und seinen Parlamentarischen Staatssekretär Friedrich-Adolf Jahn. Die übrigen besonders bedrohten Politiker und Beamten sind laut BKA-Liste:

Klaus Beckmann, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium

Hans-Dietrich Genscher, Bundesaußenminister

Dieter Kastrup, früherer Abteilungsleiter und heute Staatssekretär im Auswärtigen Amt

Klaus Kinkel, früherer Staatssekretär und heute Bundesjustizminister
Horst Köhler, Finanz-Staatssekretär
Helmut Kohl, Bundeskanzler
Hans Neusel, Innen-Staatssekretär
Erich Riedl, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium

Rudolf Seiters, Chef des Bundeskanzleramtes

Carl-Dieter Spranger, heute Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, früherer Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium

Lutz Stavenhagen, Staatsminister im Bundeskanzleramt

Jürgen Sudhoff, früherer Außenamts-Staatssekretär, jetzt Botschafter in Paris
Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium

Theodor Waigel, Bundesfinanzminister

Dieter von Würzen, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium

Schlußbemerkung der BKA-Experten: „Es wird angeregt, in eigener Zuständigkeit die Einleitung/Intensivierung von Schutzmaßnahmen ... zu prüfen.“

fenen nicht mehr allein überlassen bleibt. FDP-Chef Otto Graf Lambsdorff etwa verlangt, daß diese Entscheidung „nicht länger ins Ermessen“ der Betroffenen gestellt werden dürfe.

Der Düsseldorfer Polizei wird angelastet, sie habe einen möglichen Hinweis auf eine Gefährdung Rohwedders verschludert. Bei einem Brandanschlag in der Nacht zum Karfreitag auf eine Treuhand-Nebenstelle in Berlin, bei dem nur Sachschaden entstanden war, hatten die Täter Rohwedder gewarnt.

Ein Kommando „Thomas Münzers Wilder Haufen“ denunzierte in einem Bekennterschreiben die Wirtschaftslenker Hermann Josef Abs, Eckart von Hooven, Waigel und Rohwedder als „Totengräber“ der alten DDR. Doch der Drohbrief, der von Berlin sofort nach Düsseldorf weitergeleitet wurde, blieb unbeachtet liegen.

Auch Hinweisen eines privaten rheinischen Sicherheitsunternehmens, das der Rohwedder-Nachbar Spethmann engagiert hat, ging die Düsseldorfer Polizei angeblich nicht nach. Mitarbeiter der Firma DSW-Security behaupten, in der Nacht zum Ostersonntag in der Kleingartenkolonie nahe des Rohwedder-Hauses ungewöhnliche Beobachtungen gemacht zu haben. Die Hinweise auf ein verdächtiges Pärchen „in durchweg dunkler Kleidung“ (Einsatzprotokoll) und zwei Mittelklassewagen seien von der Polizei jedoch ignoriert worden.

Wie schon im November 1989 bei Herrhausen versagte auch vergangene Woche das mit vielen Vorschußlorbeeren versehene sogenannte Fahndungskonzept 106. Hauptziel des 1986 entwickelten Programms: Durch vorbeugende Polizei-Observation im Umfeld der gefährdeten Personen sollen Attentäter keine Chance haben. Auch „vertrauenswürdige Privat- oder Amtspersonen“ wie Förster oder Briefträger sollen verdächtige Bewegungen melden – etwa wenn, wie im Fall Rohwedder, Unbekannte in der Nähe von Prominenten mit Feldstechern im Gebüsch hocken.

Als eindrucksvoll hat sich das Konzept 106 bisher nur auf dem Papier erwiesen. In der Manager-Metropole Düsseldorf etwa, wo 120 Vips nach diesem Programm überwacht werden sollen, scheitert das Modell schon am Personal-mangel. Statt der notwendigen 200 Beamten stehen in der Praxis nur 27 Schutzleute zur Verfügung.

Nicht alle Politiker und Wirtschaftsbosse haben sich damit abgefunden, daß sie mit ihrem Aufrücken in die Chefetagen ihr Leben riskieren. Der letzte Woche als möglicher Rohwedder-Nachfolger gehandelte Treuhand-Verwaltungsratschef Jens Odewald, 50, etwa lehnte den Chefessel dankend ab – nicht zuletzt unter Hinweis auf das hohe Sicherheitsrisiko.

Treuhand

Wenig Interesse

Der Kanzler selbst sucht den Nachfolger für den ermordeten Treuhand-Chef. Doch Kandidaten sind rar.

Am Morgen nach dem Attentat auf ihren Chef war den Treuhand-Mitarbeitern ihre Bestürzung anzusehen. Mit bleichen Gesichtern und verhärteten Zügen liefen sie durch die langen Gänge der Berliner Zentrale. An normale Arbeit war nicht zu denken.



Nachfolge-Kandidatin Breuel: „Die übt schon mal“

Kaum ließ der Schock über den hinterhältigen Mord nach, begannen viele um die eigene berufliche Zukunft zu fürchten. „Die meisten von uns“, erklärte Vorstandsmitglied Klaus-Peter Wild, „hat Herr Rohwedder ja persönlich angeheuert und nach Berlin geholt.“

Rohwedders demonstrative Gelassenheit hat viele Ostdeutsche geärgert und provoziert, sie sahen darin Wessi-Aroganz und Desinteresse an der Not der Arbeitslosen. Doch Rohwedders stoische Ruhe gab umgekehrt der Treuhand-Belegschaft Sicherheit.

Neben Trauer herrscht am Alexanderplatz 6 jetzt die Angst, der riesige, noch längst nicht richtig eingespielte Treuhand-Apparat könne ohne die Leitfigur Rohwedder schnell auseinanderbrechen. Seine Stellvertreterin Birgit

Breuel kennt die Stimmung im Hause, sie versprach deshalb am Dienstag vergangener Woche sofort, die „Kontinuität der Arbeit“ zu garantieren.

Die Kontinuität, die Botschaft schien klar, kann am besten durch eine interne Lösung des Nachfolge-Problems gelöst werden. Und intern drängt sich vor allem ein Name auf: Birgit Breuel.

Die Nachfolge Rohwedders gilt in Bonn als oberste Chefsache; sie wird von Helmut Kohl und dessen Finanzminister Theo Waigel entschieden.

In aller Eile stellten Mitarbeiter des Finanzministers eine Liste möglicher Kandidaten zusammen. Auf ihr standen der Sozialdemokrat Manfred Lahnstein, Vorstandsmitglied des Bertelsmann-Konzerns, Heinrich Weiss, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, und, von Waigel selbst ins Spiel gebracht, der Bayer Jochen Holzer, Chef des Bayernwerks.

Gesucht waren Kandidaten aus der Wirtschaft mit politischer Erfahrung. Selbst der Alt-Finanzminister Hans Matthöfer kam wieder ins Gespräch, ebenso Klaus von Dohnanyi, der frühere Hamburger Bürgermeister. Und FDP-Chef Otto Graf Lambsdorff ließ bei Parteifreund Hans Friderichs anfragen, doch der frühere Wirtschaftsminister und Dresdner-Bank-Chef zeigte wenig Interesse.

So ging es mit allen Namen, die in der vergangenen Woche in Bonn gehandelt wurden: Die einen wurden verworfen, die anderen winkten ab.

Kohl selbst denkt offenbar an einen der ganz Großen der deutschen Wirt-

schaft, um das Jahrhundertwerk der deutschen Einheit zu vollenden. Auf Waigels Liste finden sich auch Siemens-Chef Karlheinz Kaske und Edzard Reuter von Daimler-Benz.

Kaum vorstellbar, daß solche Manager aus der obersten Konzern-Klasse wirklich zur Treuhand gingen – wenn sie denn tatsächlich gefragt werden.

Das Interesse deutscher Spitzenmanager an dem Chefessel in Berlin ist, nicht erst seit dem Mordanschlag der RAF, denkbar gering. Die Chance zu scheitern ist übergroß, selbst bei Erfolgen ist reichlich Ärger und Kritik sicher.

Die Zeit drängt – und die arbeitet für Birgit Breuel. Bereits am kommenden Samstag soll der Verwaltungsrat den Rohwedder-Nachfolger benennen.